

Richard Meng

Mut zu sich selbst!

Plädoyer für die Parteien – weil die Erwartungen an Politik wieder steigen

Es gibt Behauptungen, die selten hinterfragt werden. Die These vom Bedeutungsverlust der Gremienpolitik im Allgemeinen und der Parteien im Besonderen gehört dazu. Aber wann waren die Erwartungen ans Politische schon einmal so hoch wie in diesen Zeiten, in denen selbst der globalisierte Kapitalismus durch staatliches Eingreifen gerne gerettet werden will und ganze Staaten wirtschaftlich von den Entscheidungen in internationalen politischen Gremien abhängen? Es ist ein seltsamer Widerspruch.

Richard Meng

(* 1954) ist Sprecher des Senats von Berlin.



sprecher@senatskanzlei.berlin.de

Bis hinunter zu kommunalen Themen – siehe: Daseinsvorsorge – wird von der Politik wieder erwartet, dass sie die entscheidenden Weichen stellt, oft schon überhöht zum allerletzten Retter vor den Fehlsteuerungen der Märkte. Die verbreitete Abschätzigkeit ihr gegenüber steht also neben ultimativen Forderungen an sie. Und dass die Gefühlswelt der Normalmenschen und die Welt der Parteien und Institutionen einander fremd sind: War das im Prinzip nicht immer ein Stück weit so, wenn auch weniger ausgeprägt und nicht ständig demoskopisch gemessen? Mit der Dramatisierung des Themas wird auch selbst Politik gemacht – gegen die Politik.

Wo immer heute eine begonnene Initiative stecken bleibt oder auch nur korrigiert wird, sind sich mindestens mal die Öffentlichkeit und die jeweilige Opposition einig in dem Befund, dass jetzt die Glaubwürdigkeit aber erst recht rampo-

niert sei. Und dass ganz sicher die allgemeine Politikverdrossenheit weiter wachsen werde, was auch sonst. Das geht quer durchs System: Kirchen, Gewerkschaften oder anderen Großorganisationen geht es nicht anders. Obwohl man ihnen gerne unterstellt, sie seien gerade deshalb langweilig und volksfern, weil sie im Unterschied zur Politik eindeutig für etwas stehen: für eigene, überschaubare, aber eben auch berechenbare Interessen.

Was das aussagt? Dass es jedenfalls auch nicht automatisch auf Sympathie stößt, wenn wortmächtig politische Lobbyforderungen gestellt werden. Es kommt ganz darauf an, wer sich noch – oder wieder – angesprochen fühlt. Und zuletzt hat der modische Aufschwung der »Piraten« wieder gezeigt, dass da viele, vor allem Jüngere, auf der Suche sind, nach Neuem, Unbelastetem, notfalls sogar Inkompetentem. Das ist an sich kein schlechtes Zeichen für das Interesse an Politik. Hauptsache, man rührt damit an den etablierten Strukturen – vermeintlich. Dann ist es leider ganz egal, was dies für die Chancen einer vernünftigen Mehrheitsbildung heißt. Selbst dann ist das so, wenn am Ende machtarithmetisch noch mehr Große Koalitionen herauskommen, die dann wieder Anlass geben, über inhaltliche Beliebigkeit zu jammern.

Der generelle Vorwurf ist, dass Parteien und Parteimenschen ihrer Aufgabe nicht mehr gewachsen sind, Nahtstelle zu sein zwischen Politik und Gesellschaft. Die große Herausforderung der Parteien ist deshalb, das Gegenteil zu beweisen. Und zu oft drängt sich da der Eindruck auf: Sie glauben an sich selbst nicht mehr. Sie haben es aufgegeben, auch in die Gesellschaft hinein eine Rolle zu spielen. Die populistische Radikalität, mit der ihre Bedeutung in der veröffentlichten Meinung in Frage gestellt ist, wird gewiss immer beängstigender. Aber Kleinmut und Fußabtreterrolle haben manchmal miteinander zu tun.

Haltepunkte für Vertrauen

Was viel helfen würde, wären Haltepunkte für Vertrauen. Das Amt des Bundespräsidenten war immer so ein Haltepunkt – vorbei auch das, einstweilen. Zuerst hatte Christian Wulff wenig eigenen Inhalt auf die Waage gebracht, dann hat er sich im Zuge seiner Affären bis zuletzt genau so präsentiert, wie es dem Negativklischee von einer egoistischen, taktierenden politischen Klasse entspricht. Als Hämeschwelle kann nun auch für das höchste Staatsamt die Nulllinie gelten.

Gleichzeitig gibt es gerade in den vergangenen Monaten auch andere Entwicklungen. Anzeichen dafür, dass Politik mitunter weitaus mehr Zustimmung hat, als es das öffentliche Bild erwarten lässt. Belege, dass auch medial überhöhte Wutbürgerwelten plötzlich entzaubert sind, sobald es wieder auf reale politische Prozesse ankommt. Dass neben der Bereitschaft, der Politik und besonders den Parteien alles erdenklich Üble zuzutrauen, auch das Misstrauen gegenüber Protestinszenierungen gewachsen ist.

Da war die Volksabstimmungsmehrheit für das Bahnhofprojekt »Stuttgart 21«. Egal, ob man das überteuerte Projekt heute noch mal so planen würde (dies sicher

nicht): Das Wahlvolk hatte unerwartet Sinn dafür, dass für rationale Politik die Logik früherer Entscheidungen nicht einfach Wegwerfware ist, zur Überraschung von Grünen und Medien sogar in der Landeshauptstadt selbst. Da war die FDP-interne Mitgliederabstimmung mit der Mehrheit für einen proeuropäischen Kurs beim Thema Euro. Kein Denkkettel, trotz Zwei-Prozent-Keller in den Umfragen. Und selbst das gehört in diesen Zusammenhang: Es steigen, mitten im öffentlichen Finanzkrisengetrommel, plötzlich die persönlichen Zustimmungswerte einer inhaltlich stets vagen, im Auftritt wahrlich nicht inspirierenden Kanzlerin.

Eine Wunschprojektion steckt dahinter, nicht unbedingt gedeckt durch die Wirklichkeit. Aber eine, die zeigt, was die Leute in all ihrer emotionalen Distanz zur Politik suchen. Sie wollen, dass jemand sich redlich Mühe gibt. Wenn sie dann dieses Gefühl haben und erwarten, dass andere es auch nicht viel anders machen würden, lassen sie sich durch öffentliche Aufgeregtheit nicht gerne irritieren. Schnelle Rücktrittsforderungen, auch das zeigen die Meinungsforscher immer wieder, sind derzeit auch bei eindeutigem persönlichem Versagen überraschend unpopulär – trotz genereller Distanz zur Politik.

Sich ernsthaft kümmern: Da liegt die Aufgabe. Obwohl – was diese Aufgabe erschwert – die Meinungsführer in einer individualisierten Gesellschaft mit den inneren Debatten dieser Parteien immer weniger anfangen wollen und können. In Parlamentsgremien oder im Inneren der Parteien geht es gewiss häufig profaner, zweckbestimmter, oft auch unambitionierter zu als auf einer öffentlichen Bühne, auf der die Welt ständig – folgenlos – neu erfunden werden kann. Aber Bühne allein reicht nicht. Gerade in Zeiten, in denen die wirtschaftlichen Grundlagen in Frage stehen.

Es ist falsch, wenn die Parteien sich immer mehr von außen thematisch domestizieren lassen und viele dies sogar als neue

Professionalität empfinden. Es war über Jahrzehnte die Crux des alten Mitgliederparteiensystems gewesen, dass sie sich in ihren eigenen Milieus eingegelt hatten, Karrierechancen via ideologische Zuspitzung auskämpften und dabei wenig Interesse an den Banalitäten des wirklichen Lebens hatten. Aber wer sich davon emanzipiert, sollte sich nicht anderweitig neu abhängig machen.

Im realen politischen Leben, in den verrechtlichten Gremien und Institutionen, ist wahrlich zu wenig Raum für Erfindergeist. Wenn dann aber das öffentliche Bild den Takt diktiert, wenn die Politik nur noch hinter der Aktualität herhechelt, dann verstärkt das den Grundeindruck der Belanglosigkeit, dem man zu entrinnen glaubte. Dafür haben viele Menschen inzwischen ein feines Gespür. Das Misstrauen auch gegenüber der Öffentlichkeit und ihrem Alarmismus ist gewachsen. Was gleichfalls ein Problem für demokratische Meinungsbildung darstellt, die ja irgendwo auch noch den Faktor Vertrauen braucht. Zumindest mal in die Information, die Grundlage der Meinungsbildung ist.

Verunsicherung bekämpfen

Auf Seiten der Parteien wird nun auch schon wieder seit Jahrzehnten an Konsequenzen herumgewerkelt. Quereinsteiger, Quoten, Basisabstimmungen, Wahlrechtsreformen – all das kann Politik begleitend interessant machen. Aber ohne den inneren Kompass, ohne Verständigung über realistische Projekte und Ziele, vor allem aber: ohne Selbstvertrauen in die eigene Rolle kann die Parteiendemokratie neue Lebendigkeit nicht entwickeln. Dazu muss sie die innere Verunsicherung in den Griff bekommen, die mit Händen zu greifen ist. Das ist keine organisatorische, es ist eine inhaltliche Frage.

Grund eins für diese Verunsicherung: die Abkopplung der medienmarktgepräg-

ten Öffentlichkeit vom politischen Prozess. Inhalte werden durch Bilder und Gefühle überlagert, Aktualitätssucht zerstört die Wertschätzung der Entscheidungsprozesse, die Zeit brauchen. Der tägliche Reaktionszwang ist allgegenwärtig und er wird zunehmend mit dem Wesen des Politischen verwechselt. Pragmatisch mag man ihn für den Kern halten, langfristig höhlt das die Substanz aus.

Grund zwei: die realen Rekrutierungsprobleme für politische Rollen. Nach den Jahrzehnten der internen Ausscheidungskämpfe der Nach-68er-Generationen, als immer Konkurrenz da war, herrscht längst der chronische Personalmangel – jedenfalls dann, wenn zugleich Machterfahrung, Fachkompetenz und Darstellungsfähigkeit gefordert sind. Der heimliche Lehrplan der Parteikarrieren war einst: zuerst hocharbeiten durch Profilierung innerhalb der parteiinternen Welt. Dann nach Erfolg die Häutung, der Eintritt in die reale Politikwelt, pragmatisch natürlich. Zu langwierig, zu unattraktiv, zu unglaubwürdig – aus heutiger Sicht.

Grund drei: die Kehrseite von medialer Professionalität. Genau das, worauf die Gesellschaft zunehmend dressiert ist, gibt der politische Betrieb in der Regel nicht her – nämlich das Entstehen von identifikationsfähigen »Storys«, von spannenden Erzählungen. Personen und ihre Geschichte, Überraschendes, Brüche in den Biografien. Weil Innen und Außen so weit auseinandergefallen sind, funktioniert die Erzählung aus der Parteienwelt so schlecht. Das zermürbt.

Der Brite Colin Crouch schreibt in seinem Buch über das »befremdliche Überleben des Neoliberalismus«, dass der Journalismus der erste Beruf sei, der durch seine Wandlung hin zum Boulevardjournalismus »den Wandel von der Orientierung an einem Ethos zur Marktorientierung durchmachte«. Das ist eine zu verkürzte, ziemlich böse These, die der heutigen Öffentlichkeit jede aufklärerische Rolle be-

streitet und damit logisch auch aufklärerischer Politik keine Chance mehr lässt. So weit ist es – zumindest in Deutschland – noch nicht.

Aber die These der Wandlung von Ethos zur Marktorientierung bleibt doch interessant für die Analyse der politischen Profession. Platt gesagt: Politik, die nur noch dem Meinungsmarkt gerecht werden will, verliert ihre ethische Dimension. Politik muss allemal sensibler dafür werden, wie normale Menschen den Staat und seine Repräsentanten wahrnehmen. Aber die Erdung in der Gesellschaft, die dazu nötig ist, lässt sich wahrlich nicht über den Markt der öffentlichen Aufregungen ersetzen.

Die Grundfragen, die sich stellen, sind alles andere als ethisch unbedeutend: die Einkommensverteilung nach Jahrzehnten relativen Wohlstands; der internationale Umgang mit unterschiedlicher Wirtschaftskraft; die innergesellschaftliche Integrationsproblematik in Zeiten von weltweiten Wanderungsbewegungen und wachsenden Einkommensunterschieden; die Frage nach Generationengerechtigkeit angesichts von weltweit diametral sich auseinander entwickelnden Alterspyramiden; die Unterfinanzierung der Staaten in Zeiten von Schuldenbergen und zugleich Schuldenbremsen.

All das ist nicht einmal mehr im gedanklichen Rahmen der nationalen Demokratien in den Griff zu bekommen. Die Zeit der nationalen Wege ist vorbei. Politischer Realismus erfordert neben Kompetenz im Tageswerk jetzt den Blick auf die größeren Horizonte: wirtschafts- und finanzpolitisch auf Europa als Werte- und Solidargemeinschaft; demografisch auf das Altern als aktive Lebensphase statt nur als Problem; klimapolitisch auf eine internationale Technologiepolitik, die nicht nur in den hochentwickelten Metropolen ansetzt; demokratiepolitisch nicht zuletzt auf die Verteidigung der Ernsthaftigkeit des Politischen – gegen den Siegeszug des Eventdenkens.

Was sind heute schon noch Erfolgsrezepte? Wer etwas voranbringen will, geht immer das Risiko der Niederlage ein. In Zeiten des Politikbashing wird so manche Wahl auch ohne Selbstversagen mit brutaler Konsequenz verloren, wenn man nur vorher regiert hat und so als Blitzableiter taugt. Aber die Antwort auf die Mär von der angeblich nur selbstsüchtigen, wirkungslosen Politik kann nur sein, von der Kommune bis hinauf nach Europa zu zeigen, um wie viel es tatsächlich geht. Die Parteien müssen sich nicht neu erfinden. Sie sollten sich selbst wieder ernster nehmen. ■

Klaus Harpprecht

Europas tiefere Krise – der Fall Ungarn

Ungarns Regierung düpiert die europäischen Partner mit einem totalitären Rollback. Die EU muss hier konsequent reagieren.

Joelle Stolz, die Wiener Korrespondentin von *Le Monde*, berichtete vor wenigen Wochen, sie habe bei einem Besuch im Arbeitszimmer des ungarischen Außenministers an der Wand eine Karte des magyarischen Königreichs vor dem Friedensvertrag von Trianon im Jahre 1920 bestaunen dürfen. Ihren Schock deutete die



Klaus Harpprecht

(* 1927) ist Mit-Herausgeber der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, war u.a. Berater von Willy Brandt. Bei *S. Fischer* erschien zuletzt: *Arletty und ihr deutscher Offizier*. 2011 erhielt er nach 1966 zum zweiten Mal den Theodor-Wolff-Preis, nun für sein Lebenswerk.